

Karikaturenstreit und Botschaftsbrände in Syrien und Libanon

Spontane Empörung oder politisches Kalkül?

von Kirsten Maas und Heiko Wimmen

Auch im Libanon und in Syrien hat der Konflikt über die Veröffentlichung der Mohammad-Karikatur in europäischen Zeitungen Empörung ausgelöst, die weit in die islamischen Teile der Bevölkerungen reicht. Wie andernorts wird auch hier die Wahrnehmung verstärkt, dass Muslime und der Islam selbst, insbesondere seit den Anschlägen vom 11. September 2001, in der "westlichen Öffentlichkeit" unterschiedslos mit Terrorismus und fanatischer Gewalt gleichgesetzt werden. Diese genuine, wenn auch eindeutig medial aufgeheizte Empörung, die sich in der gesamten Region weiter verbreitet, wird - wie die Ausschreitungen in Damaskus und Libanon beispielhaft zeigen - jedoch auch von lokalen Akteuren instrumentalisiert bzw. für das eigene lokal oder regional ausgerichtete politische Kalkül genutzt.

Damaskus: "Volkszorn" und das islamistische Gespenst

Am Samstag dem 4. Februar wurden in Damaskus die Gebäude der dänischen und der norwegischen Vertretungen in Syrien von Demonstranten gestürmt und in Brand gesetzt. Weitere Angriffe auf die französische Vertretung und die Botschaft der USA (ungeachtet einer offiziellen Stellungnahme des State Departments, in der die Veröffentlichung der anstößigen Karikaturen verurteilt wurde) wurden durch verstärkte Sicherheitsmaßnahmen verhindert.

Bereits in unmittelbarer Folge der Ereignisse wurden Zweifel am spontanen Charakter des syrischen Volkszornes laut. Strikte Kontrolle des öffentlichen Raumes durch die allgegenwärtigen Geheimdienste und die schnelle und effiziente Unterdrückung jeder Form von unautorisiertem öffentlichen Protest gehören seit jeher zu den Markenzeichen des Baath-Regimes. Es kann daher nur schwer einleuchten, wie sich eine entsprechend große Menschenmenge ohne die wenigstens stillschweigende Duldung zumindest eines Teils der Sicherheitsapparate versammeln und aktiv werden konnte. Augenzeugen berichten von Personen in ziviler Kleidung, die Gruppen von Demonstranten dirigiert und den Aufmarsch über tragbare Funkgeräte koordiniert haben sollen.

Auch wenn ein Teil des syrischen "Volkszornes" tatsächlich spontan gewesen sein mag: In einer Situation, in der Syrien wegen der Ermittlungen über die Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafik El-Hariri außenpolitisch stark unter Druck steht und international zunehmend isoliert ist, kann eine interne Solidarisierung verbunden mit wachsenden Ressentiments gegen westliche Staaten dem syrischen Regime nur gelegen kommen.

Dieses gilt um so mehr angesichts des religiösen Charakters der Proteste: Da eine der größten Schwächen des Regimes in der zentralen Rolle liegt, die die alawitische Minderheit im Staats- und Parteiapparat spielt, kann es aus Sicht der Machthaber nur von Vorteil sein, wenn sich religiöse Ressentiments der sunnitischen Mehrheit gegen auswärtige Ziele richten. Die in Abu Dhabi erscheinende Zeitung Al-Ittihad bezeichnet entsprechend die Ereignisse in Syrien als "politischen Missbrauch religiöser Gefühle" und urteilt: "Die Ereignisse in Syrien stehen im Zusammenhang

mit dem internationalen Druck auf das Land und sind das Ergebnis einer politisch motivierten Manipulation der Gefühle der Menschen." (siehe: http://www.champress.net/?page=show_det&id=7220, 6.2.2006, arabisch).

Im Einklang mit einer solchen Sichtweise verurteilten die staatlichen syrischen Medien die Übergriffe gegen die Botschaften mehr in der Form als im Inhalt und veröffentlichten gleichzeitig lange Artikel, in denen stattdessen zu "konstruktiver" muslimischer Solidarität gegen westlichen Druck (etwa mit Organisationen wie Hamas) aufgerufen wurde (siehe Al-Thawra, 6.2.2006).

Auch in Syrien selbst vermuten unabhängige Kommentatoren überdies einen Versuch des Regimes, der westlichen Diplomatie die Gefahren einer Politik des von außen initiierten Regimewechsels vor Augen zu führen (zuletzt kontrovers diskutiert auf einer Konferenz der syrischen Opposition in Washington Ende Januar). "Ist es ein Versuch, bestimmte Teile der Öffentlichkeit für das Regime zu gewinnen? Oder ein Versuch, dem Westen Furcht einzujagen vor einer vermeintlich starken fundamentalistischen Strömung, die nur durch ein stabiles und totalitäres Regime unter Kontrolle gehalten werden kann?" (Jadieh Dawaro in Champress, 06/02/2006, arabisch).

Möglicherweise im Einklang mit einer solchen Lesart steht eine am Folgetag durchgeführte Operation der syrischen Sicherheitskräfte, in der eine Wohnung am Stadtrand von Damaskus gestürmt und drei Personen getötet wurden - im Wortlaut der staatlichen Nachrichtenagentur SANA islamistische Extremisten, die Terroranschläge geplant haben sollen. SANA berichtete in diesem Kontext über umfangreiche Operationen gegen Islamisten in verschiedenen syrischen Provinzhauptstädten während der vergangenen Monate, bei denen mehr als ein Dutzend "Extremisten" getötet sowie Waffen und Labore zur Waffenherstellung sichergestellt worden sein sollen (Al-Hayat, 06/02). Die Vermutung liegt nahe, dass diese Meldungen gezielt im unmittelbaren Gefolge der Ausschreitungen platziert wurden um den Eindruck zu erzeugen, dass die syrischen Behörden entschlossen gegen islamistische Kräfte durchgreifen.

Beirut: Religiöse Mobilisierung und das Phantom der nationalen Einheit

Für den Folgetag, den 5. Februar, hatten im Libanon eine Reihe muslimisch-sunnitischer Kräfte gleichfalls zu einer Kundgebung gegen die dänischen Karikaturen aufgerufen. Plakate und Handzettel trugen die Signatur einer "nationalen Kampagne gegen die Verunglimpfung des Propheten" an der neben dem sunnitischen Klerus auch die islamistisch ausgerichtete Jamaa Islamiyya beteiligt war und deren Aufruf ebenfalls von den Medien der wichtigsten Regierungspartei "Bewegung für die Zukunft" von Saad Hariri (Sohn des vor einem Jahr ermordeten Premierministers Rafik El-Hariri) verbreitet wurde. Mobilisiert wurde bereits am Vorabend in überwiegend sozial schwachen sunnitischen Vierteln von Beirut sowie im überwiegend sunnitischen Nordlibanon und in sunnitischen Gebieten der Bekaa-Ebene. Schiitische Muslime hingegen beteiligten sich kaum an den Protesten, da ein entsprechender Aufruf der wichtigsten schiitischen Parteien Hisbollah und Amal ausblieb.

Am Sonntagmorgen marschierten entsprechend tausende, überwiegend sunnitische Muslime mit arabischen Sprechchören wie "Es gibt keinen Gott außer Gott" und "Ja zur Meinungsfreiheit, nein zur Verunglimpfung unseres Propheten" durch die Straßen des christlichen Stadtviertels Ashrafiyeh und zum dort angesiedelten dänischen

Konsulat. Die zunächst friedlichen Proteste vor der von ca. 900 Sicherheitskräften geschützten Vertretung eskalierten jedoch rasch. Weder der Einsatz von Tränengas und Wasserwerfer durch die Sicherheitskräfte, noch die zahlreich anwesenden und aktiv um Deeskalation bemühten muslimischen Würdenträger, waren in der Lage, der Gewalt Einhalt zu gebieten: Das zehnstöckige Bürogebäude, in dem sich neben dem dänischen auch das tschechische Konsulat befindet, ging in Flammen auf.

In den Stunden darauf breitete sich die Gewalt in die umliegenden Stadtviertel aus, wo jugendliche Demonstranten Geschäfte und parkende Autos demolierten und vereinzelt auch Kirchen und christliche Institutionen attackierten, während die Sicherheitskräfte sich zunächst zurückzogen (der später zurückgetretene Innenminister Hassan As-Sabaa erklärte am Abend, er habe den Einsatz von Schusswaffen explizit untersagt). Die überwiegend christliche Bevölkerung des Stadtviertels sah sich der Zerstörungswut hilflos ausgeliefert und verfolgte die Gewalt vom häuslichen Balkon oder auf dem Fernsehschirm. Christliche Politiker wie der Führer der "Lebanese Forces" Samir Geagea riefen ihre Gefolgsleute dazu auf, Ruhe zu bewahren und sich nicht zu einem Gegenangriff provozieren zu lassen; sunnitische und schiitische Politiker und Geistliche riefen gleichermaßen zur Mäßigung auf.

Bereits am Abend jedoch verwandelten sich solcherart verantwortungsvolle Reaktionen der religiösen und politischen Führer des Landes in einen politischen Schlagabtausch entlang der seit über einem Jahr aufgebrochenen Frontlinie zwischen den Vertretern eines anti-syrischen Kurses und denen, die eine eher arabisch-nationalistisch und auf Anlehnung an Syrien ausgerichteten Linie vertreten. Vertreter der Regierungsseite, allen voran der von der Hariri-Partei gestellte libanesischer Premierminister Fouad Siniora und Drusenführer Walid Jumblat, sahen "ausländische Infiltration" am Werk, die eine friedliche und legitime Demonstration zur Diskreditierung der Regierung missbraucht hätten. Jumblat beschuldigte explizit Syrien, aktiv den Sturz der Regierung zu betreiben und konfessionelle Gegensätze zu schüren.

Die Zusammensetzung der knapp 200 vorläufig festgenommenen Verdächtigen - mehrheitlich Syrer sowie eine Anzahl Palästinenser (in deren Lagern und Organisationen Syrien nach weit verbreiteter Ansicht weiterhin starken Einfluss ausübt), dagegen nur 36 Libanesen - schien eine solche Interpretation zunächst zu stützen. Vertreter der Regierungsseite beschuldigten am Montag explizit den Leiter der syrischen Geheimdienste (und Schwager von Präsident Baschar Al-Assad) Assef Schawqat als Drahtzieher der Ausschreitungen und behaupteten, syrische Agenten ebenso wie jordanische Islamisten seien in großer Zahl über die libanesisch-syrische Grenze eingesickert.

Solche Darstellungen verloren jedoch schnell an Überzeugungskraft als bekannt wurde, dass Sicherheitskräfte scheinbar willkürlich syrische Arbeiter in der Umgebung bekannter Treffpunkte und Unterkünfte festgenommen hatten. Offizielle Erklärungen von Interims-Innenminister Ahmed Fatfat am Dienstag relativierten die Darstellungen seiner eigenen Parteifreunde erheblich.

Aktuelleren Details zufolge ging der Anstoß zur Gewaltanwendung wesentlich auf einen quantitativ eher kleinen, jedoch außerordentlich entschlossenen harten Kern libanesischer und palästinensischer islamistischer Gruppen zurück (siehe Ad-Diyar, 8.2.2006, arabisch). Der Funke der Gewalt konnte dann rasch auf andere Teilnehmer aus marginalisierten und von Arbeits- und Perspektivlosigkeit geplagten Stadt- und

Landesteilen überspringen, die im Gegensatz zur Mehrheit der schiitischen Bevölkerung nicht in die Disziplin einer politischen Bewegung eingebunden sind.

Fraglich bleibt, warum eine solche Demonstration sunnitischer Kräfte in ein christliches Stadtviertel überhaupt genehmigt wurde zu einer Zeit, da viele Beobachter die Stimmung zwischen den Konfessionsgruppen im Libanon als extrem gespannt wahrnehmen. Eine alternative Route für die angekündigte Demonstration wäre eine Möglichkeit gewesen, zumal die Sicherheitskräfte die Bilder aus Damaskus am Tag zuvor vor Augen haben mussten.

Lokale Kommentatoren vermuten hinter den Ereignissen auch einen Versuch der Hariri-Partei, politisches Kapital aus der medial aufgeheizten Empörung über die Karikaturen-Affäre zu schlagen und sich gegenüber ihrer vornehmlich sunnitisch-muslimischen Basis als effektive Advokaten der islamischen Sache zu präsentieren oder zumindest das Feld nicht anderen, radikaleren Organisationen zu überlassen (siehe etwa Michael Young). Eine solche Erneuerung und Verstärkung der "muslimischen" Legitimation hätte es der Hariri-Partei möglicherweise erleichtert, den politisch schwierigen Spagat zwischen einem deutlich pro-westlichen Kurs und den arabisch-nationalistischen Tendenzen der eigenen Basis weiter durchzuhalten.

Stattdessen stellen die Ereignisse vom Wochenende nun die Stabilität des herrschenden sunnitisch-christlichen Bündnisses auf die Probe und offenbaren die fragile und konfliktgeladene innenpolitische Situation, in der sich der Libanon ein Jahr nach der international beachteten "Zedernrevolution" noch immer befindet